

Gesundheitspolitik trotz Kontroversen **nicht wahlentscheidend**

Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Dorothee de Nève

Die Regierungskrise der Ampel, die zur vorgezogenen Neuwahl am 23. Februar 2025 führt, und die Polarisierung des deutschen Parteienwettbewerbs sorgen im Wahlkampf für Hektik und Emotionen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mischt die Debatten auch in der Gesundheitspolitik auf und fordert, dass notwendiger Zahnersatz und Sehhilfen vollständig in den Leistungskatalog der gesetzlichen Gesundheitsabsicherung zurückgeholt werden. Im aktuellen Wahlprogramm des BSW steht, dass das Lächeln der Menschen nicht vom Geldbeutel abhängen dürfe. Die zunehmende Polarisierung des Parteienwettbewerbs manifestiert sich also nicht nur in den wahlentscheidenden Politikfeldern der Migrations- und Wirtschaftspolitik.

Einige Themen mit Konfliktpotenzial

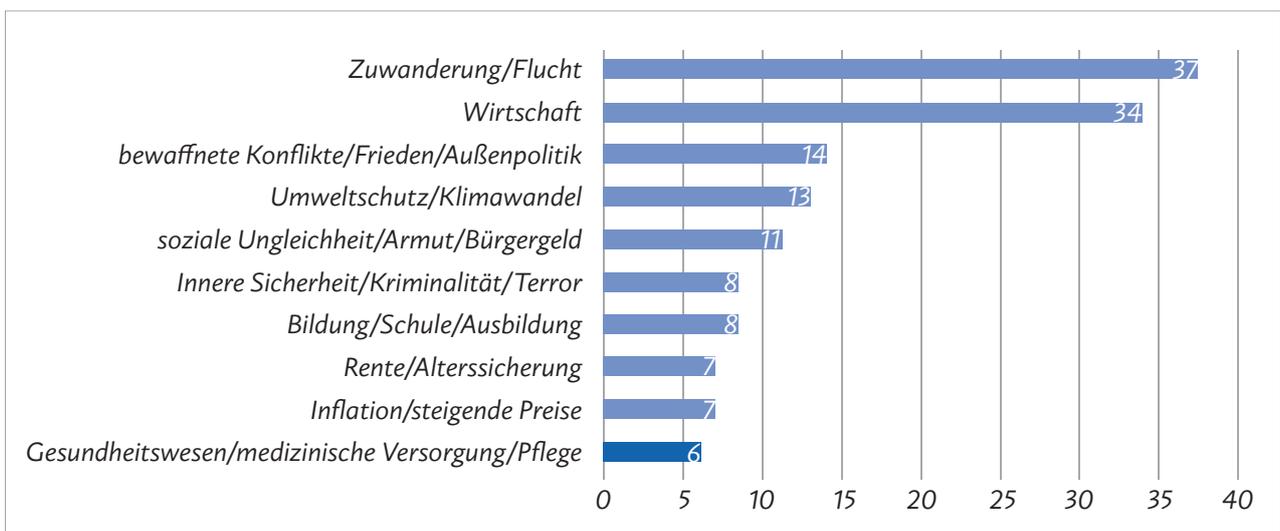
Die gesundheitspolitischen Debatten im Vorfeld der Bundestagswahl sind widersprüchlich. Es gab in der vergangenen Legislaturperiode einige Themensetzungen, an denen die Konfliktlinien sichtbar wurden: Hierzu gehören im Bereich der Gesetzgebung etwa die Entscheidungen zur Legalisierung von Cannabis und das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG), die beide 2024 in Kraft traten. Diese Gesetzesvorhaben stießen auf

den Widerstand der CDU/CSU und sollen – wenn die Union in Regierungsverantwortung kommt – wieder zurückgenommen werden. Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode wurde noch eine ebenfalls sehr umstrittene Krankenhausreform verabschiedet, die nun bis 2029 schrittweise umgesetzt wird.

Jenseits der gesetzgeberischen Arbeit der Ampelkoalition gab es intensive Debatten unter anderem über die Aufarbeitung der Coronapolitiken, den Pflegenotstand und die Vergabe von Arztterminen: „Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen“, sagte Friedrich Merz im September 2023 über abgelehnte Asylbewerber im Nachrichtensender Welt. In den letzten Wochen vor der Bundestagswahl brach dann die Debatte um die Strafbarkeit der Schwangerschaftsabbrüche erneut auf. Es gab und gibt also in den gesundheitspolitischen Debatten ausreichend politischen Zündstoff.

Parteien nehmen Gesundheitspolitik unterschiedlich wahr

In den aktuellen Umfragen vor der Bundestagswahl zeigt sich freilich, dass die Gesundheitspolitik, die medizinische Versorgung und die Pflege keine wahlentscheidenden Themen sind (siehe Abb. 1). Nur 6 Prozent der Befragten gaben im



Quelle: infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, Januar 2025, S. 6. Fragestellung: „Wenn Sie an die Zeit nach der Bundestagswahl denken: Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem, um das sich die deutsche Politik vordringlich kümmern muss? Und welches ist das Zweitwichtigste?“ Eigene Darstellung.



© JLU/Rolf K. Wegist

Prof. Dr. Dorothee de Nève
 Professorin für das politische und soziale System Deutschlands und den Vergleich politischer Systeme, Justus-Liebig-Universität Gießen.

13

Januar/Februar 2025 - Der Freie Zahnarzt

„Nur 6 Prozent der Befragten gaben im Januar an, dass diese Themen besonders wichtig sind. Eine gesundheitspolitische Agenda wird also die Wahlkampfdebatten nicht dominieren.“

Januar an, dass diese Themen besonders wichtig sind. Eine gesundheitspolitische Agenda wird also die Wahlkampfdebatten nicht dominieren.

Die Formulierung der Wahlprogramme folgt der inzwischen zur Konvention gewordenen Logik – die Kapitel zu den einzelnen Politikfeldern werden meist mit kurzen Problemanalysen eingeleitet, bevor die Parteien ihre politischen Forderungen präsentieren. Der Blick auf diese Problemanalysen zeigt, wie unterschiedlich die Parteien die aktuelle Gesundheitspolitik teils wahrnehmen: Die CDU/CSU beklagt den Fachkräftemangel, die steigenden Kosten, insbesondere auch in der Pflege und die Folgen der Überalterung der Gesellschaft. Die AfD sowie die FDP und das BSW nehmen die Bürokratie im Gesundheitswesen als Kernproblem wahr. Die AfD weist außerdem auf Probleme mit langen Wartezeiten hin.

Der mangelnde Zugang zu einer hochwertigen Versorgung wird von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Problem thematisiert. Dabei geht es um soziale Ungleichheit, zu hohe finanzielle Belastungen für Patient*innen sowie die unzureichende Versorgung im ländlichen Raum. Die Problematik der Renditen- beziehungsweise Profitorientierung im Gesundheitswesen, die falsche Anreize setze, wird von der SPD und dem BSW angesprochen.

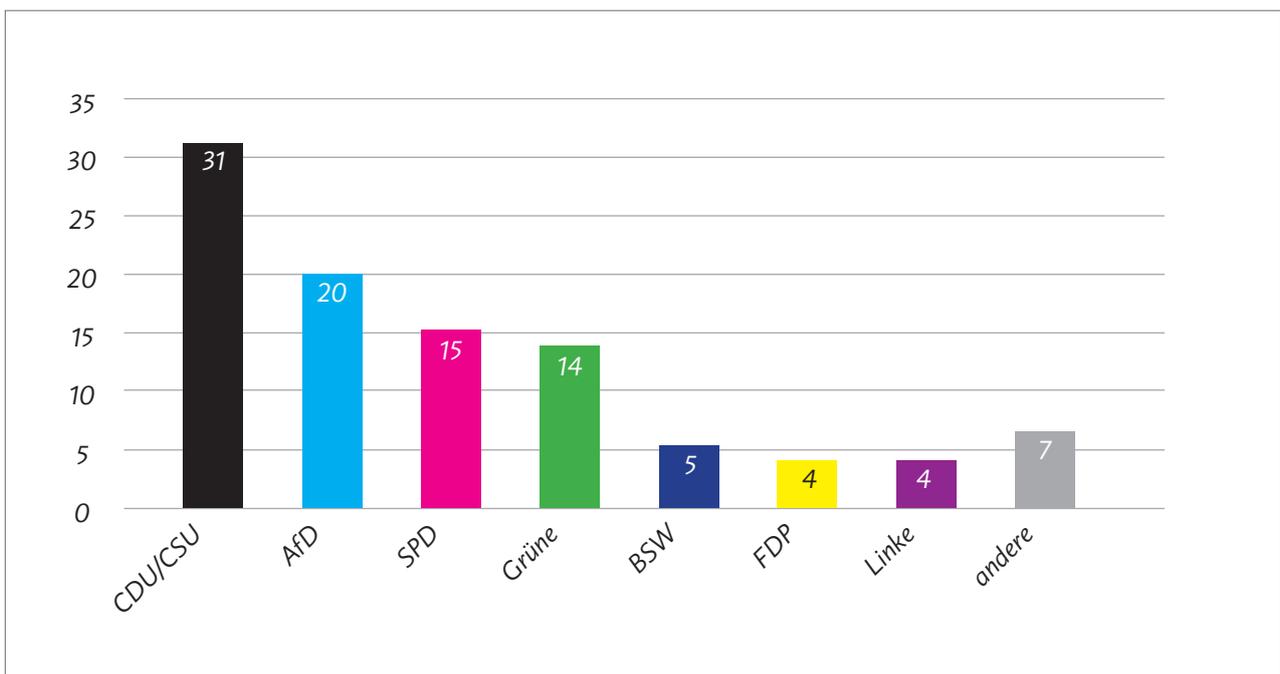
Gemeinsame Kritik an Bürokratie und Gesundheitsversorgung

Die genannten Problemanalysen zeigen, dass die Parteien durchaus dringende Handlungsbedarfe identifizieren. Jenseits der unterschiedlichen Akzentuierungen ist ein gemeinsamer Grundtenor in Bezug auf die Kritik an der Bürokratie sowie an der mangelnden Qualität und

„Die in parteipolitischen Debatten diskutierte Problematik der Krankenversicherungen hat sich in die vorliegenden Wahlprogramme eingeschrieben. Eine klare Konfliktlinie lässt sich in Bezug auf das Krankenversicherungssystem erkennen.“

Sicherheit der Gesundheitsversorgung zu erkennen. Die in parteipolitischen Debatten immer wieder diskutierte Problematik der Krankenversicherungen hat sich in die vorliegenden Wahlprogramme eingeschrieben. Eine klare Konfliktlinie lässt sich in Bezug auf das Krankenversicherungssystem erkennen. Auf der einen Seite wollen die CDU und CSU die Dualität der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung erhalten. Diese Forderung findet sich gleichermaßen im Wahlprogramm der FDP. Die FDP schlägt darüber hinaus eine Änderung für Selbstständige vor: Deren Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sollten sich künftig an den tatsächlichen Einnahmen orientieren. Auf diese Weise soll die Ungleichbehandlung von Angestellten und Selbständigen abgebaut werden.

Im Gegensatz hierzu setzt die SPD auf eine solidarische Bürgerversicherung für alle. Lediglich für Beamte soll es laut Vorstellungen der SPD eine Wahlfreiheit geben. Auch das BSW favorisiert die Bürgerversicherung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten im Grunde seit vielen Jahren auch das Modell einer Bürgerversicherung propagiert. Im aktuellen Wahlprogramm wird dieses langfristige Ziel zwar nicht aufgegeben, jedoch nicht als unmittelbare Maßnahme für die kommende Legislaturperiode in Aussicht gestellt. Stattdessen schlagen die Grünen vor, als Zwischenschritt auf dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des Gesund-



Quelle: infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, Januar 2025, S. 4. Fragestellung: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“ Eigene Darstellung.

heitssysteme einzubeziehen. Die AfD äußert sich in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 nicht zu der Frage der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung. Sie fordert allerdings, dass die beitragsfreie Mitversicherung der Bürgergeldempfänger*innen durch die gesetzlichen Krankenversicherungen gestoppt wird und diese Kosten künftig aus dem Bundeshaushalt gedeckt werden. Außerdem schlägt sie Kosteneinsparungen über eine Zusammenführung der Kranken- und Pflegeversicherung vor.

Vorschläge zur Apothekenreform und Termingarantie

Die CDU und CSU wollen mit einer Apothekenreform die Präsenzapotheken stärken. Die Produktions- und Wettbewerbsbedingungen für Medikamente sollen verbessert werden. In diesem Kontext fordert die Union etwa auch schnellere Zulassungsverfahren. Lieferengpässe bei Medikamenten und Medizinprodukten sollen abgebaut und Lieferketten gesichert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN planen, die Bevorratung mit wichtigen Arzneimitteln zu verbessern. Langfristig soll auch die Produktion von Arzneimitteln und deren Wirkstoffen innerhalb von Europa gefördert werden, um weniger abhängig von langen Lieferketten zu sein. Die SPD will sich hingegen dafür einsetzen, dass Deutschland ein erfolgreicher Standort für die Pharmakonzerne bleibt. Das BSW konstatiert, dass die Preise für Medikamente zu hoch seien. Importabhängigkeiten von Medikamenten sollen verringert werden.

Die AfD präferiert stärkere Eingriffe in den Markt: Der Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten soll unterbunden werden. Die pharmazeutische Produktion soll nach Deutschland zurückverlagert werden. Außerdem soll der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland verpflichtet werden, mindestens die Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln vorzuhalten.

Die SPD will die Wartezeiten für Patient*innen verringern, indem eine Termingarantie der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen eingeführt wird. Erklärtes Ziel ist es, dass gesetzlich Versicherte genauso schnell wie Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung der Termingarantie sollen sie einen Anspruch auf Beitragsreduzierungen haben. Die Union will den Haus- und Kinderarztpraxen eine stärkere Steuerungsfunktion übertragen. Sie sollen für die Patient*innen die Behandlungsabläufe koordinieren, damit Wartezeiten auf Arzttermine gesenkt werden können. Das BSW drängt darauf, dass Personen, die kein Smartphone nutzen, bei der Vergabe von Terminen bei Ärzt*innen und Therapeut*innen nicht benachteiligt werden dürfen.

Den Personalnotstand in Gesundheitsberufen aufhalten

Die parteipolitischen Vorschläge zur Überwindung des Personalnotstands sind äußerst vielfältig. Das BSW setzt zur Überwindung des Pflegenotstands schlicht auf die Ausbildung von mehr Personal. Die Union will Pflegeberuf attraktiver machen, indem es mehr Planbarkeit und Aufstiegsmöglichkeiten geben soll. Attraktive Arbeitsbedingungen mit Springerpools, multiprofessionelle Teams, eine vereinfachte Dokumentationspflicht, Aufstiegsmöglichkeiten sowie neue Berufsbilder und die Anwerbungen im Ausland sind in ihrem Verständnis geeignete Maßnahmen gegen den Pflegenotstand. Die Entbürokratisierung soll dazu beitragen, dass das Pflegepersonal mehr Zeit für den Menschen hat und weniger Zeit für Verwaltung braucht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Pflegekräfte mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen. Sie setzen sich im Pflegebereich auch für eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein.

Auch die SPD will die Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen durch eine bedarfsgerechte Personalausstattung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie tarifgebundene Gehälter verbessern. Außerdem soll die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe, die Durchlässigkeit und Erweiterung der Befugnisse für Pflegefachpersonen optimiert werden. Mit digitalen Anwendungen, Automatisierung und Robotik will die FDP zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen.



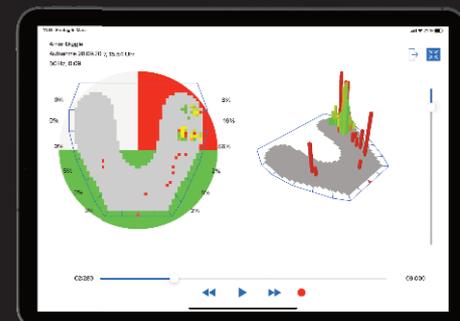
OccluSense® von Bausch ist für mich bei komplexen Rehabilitationen unverzichtbar geworden.

Wie oft sieht mit Okklusionspapieren alles richtig aus und der Patient fühlt sich wohl, aber... die Verwendung von OccluSense® objektiviert die Realität der Kontakte, sogar in der Dynamik, und es sind nur minimale Anpassungen erforderlich.

Der Patient spürt sofort eine deutliche Verbesserung.

Und das alles in etwa einer Minute.

Dott. Andrea Felloni, Milano



www.occlusense.com
www.occlusense-shop.com

Dr. Jean Bausch GmbH & Co. KG
Oskar-Schindler-Str. 4 | 50769 Köln
Telefon: 0221-70936-0 | info@occlusense.com

„Die Wähler*innen werden am 23. Februar ihre Entscheidung fällen und die Parteien erneut vor große Herausforderungen stellen.“

Schwangerschaftsabbruch strafbar oder nicht?

In dem Wahlprogramm der CDU/CSU sprechen sich die Christdemokraten dafür aus, dass der §218 zum Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch in der bestehenden Form erhalten bleibt. Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch bilde, so argumentiert die Union, einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtige. Die AfD will das bestehende Recht verschärfen. Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden, damit diese sich über den Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind. Ziel dieser und anderer Maßnahmen, die die AfD vorschlägt, ist es, das ungeborene Leben zu schützen. Die SPD steht dem klar entgegen: Sie will Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen. Das BSW fordert die grundsätzliche Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche. Die FDP vertritt in diesem Kontext eine Position der Mitte: Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch soll im Wege von sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede*n Abgeordnete*n im nächsten Bundestag beraten werden. Unabhängig davon sollen mehr Gynäkolog*innen entsprechend qualifiziert und die Kosten für Abbrüche übernommen werden.

Regierungsoptionen nur schwer zu prognostizieren

In den Umfragen zur Bundestagswahl zeichnet sich seit geraumer Zeit ein deutlicher Vorsprung der CDU/CSU im Vergleich zu den anderen Parteien ab. Zugleich sind in den letzten Wochen vor dem Wahltermin noch Veränderungen der Zustimmungswerte zu beobachten. Dies hängt unter anderem mit der größeren Zufriedenheit der Bürger*innen mit dem grünen Kanzlerkandidaten Robert Habeck (28 Prozent) und dem im Vergleich zu seiner Union eher geringen Zufriedenheit mit Friedrich Merz (25 Prozent) zusammen. Außerdem konnte die AfD in den vergangenen Wochen ihre Umfrageergebnisse im Vergleich zum Wahlergebnis von 2021 (10,3 Prozent) deutlich verbessern. Ob die FDP, das BSW und die Linke im nächsten Bundestag wieder vertreten sein werden, ist ungewiss. Möglicherweise schafft es die Linke mit der Mission Silberlocke, die erforderlichen drei Direktmandate zu gewinnen, um wieder in den Bundestag einzuziehen.

Diese dynamischen Veränderungen lassen zum aktuellen Zeitpunkt die letztlich möglichen Regierungsoptionen nur schwer prognostizieren. Die Union schließt eine Koalition mit der AfD aktuell dezidiert aus. Insofern wird die AfD voraussichtlich im Bundestag die Oppositionsführerin sein. Die CDU/CSU werden voraussichtlich versuchen, eine Zweierkoalition mit den Sozialdemokraten oder den Grünen zu bilden – wenn dies denn für eine mehrheitsfähige Regierungsbildung reicht. Damit ist auch schon relativ klar, dass im Politikfeld der Gesundheitspolitik die Konflikte innerhalb der Koalition bereits vorprogrammiert sind. Die Wähler*innen werden am 23. Februar ihre Entscheidung fällen und die Parteien erneut vor große Herausforderungen stellen. Aufgrund der Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems wird die Suche nach tragfähigen Kompromissen und die Regierungsbildung sicherlich nicht leichter. ■



REPAIR



MIT STARKEM ANTI-PLAQUE-EFFEKT, DER AUCH NOCH SCHMECKT.

Sorgt für gesünderes Zahnfleisch bereits **ab der ersten Woche**.
Die geschmacksverbessernde Technologie kaschiert den salzigen Geschmack und lässt das Frischegefühl der Minze in den Vordergrund treten.

EMPFEHLEN SIE DIE NR. 1-MARKE**

und helfen Sie, mit **Parodontax Zahnfleisch Active Repair** die Zahnfleischgesundheit Ihrer Patient:innen zu fördern.

Jetzt registrieren
und kostenlose
Produktmuster
anfordern.



* Im Vergleich zu einer herkömmlichen Zahnpasta (ohne Natriumbicarbonat), nach einer professionellen Zahnreinigung und bei zweimal täglichem Zähneputzen.

** Gemäß einer im Jahr 2023 durchgeführten Studie mit 300 Zahnärzt:innen in Deutschland, gefragt nach Markeneempfehlungen für Zahnpasten im Bereich Zahnfleischprobleme.